

StopArmut-Konferenz 2022 zu «God's Global Goals»

StopArmut setzt sich für die Sensibilisierung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele in der Schweiz ein, wird durch den Verband «Interaction» verantwortet und ist eine Kampagne der Schweizerischen Evangelischen Allianz SEA.

Nun hat die StopArmut-Kampagne zusammen mit zahlreichen christlichen Hilfswerken eine theologische Reflexion dieser Nach-

haltigkeitsziele als Broschüre mit dem Titel «God's Global Goals» (zu Deutsch: Gottes globale Ziele) veröffentlicht. Dabei wird offensichtlich, wie nahe diese sogenannte «Agenda 2030» der biblischen Botschaft ist und wie wichtig es ist, dass sich auch Christinnen und Christen für die Nachhaltigkeitsziele engagieren. Die Broschüre kann auf der Website

von StopArmut bestellt werden, um sie in Kleingruppen zu lesen und zu diskutieren.

Am Samstag, 26. März 2022 findet in Aarau ausserdem die StopArmut-Konferenz zu den «God's Global Goals» statt, bei der auch die EVP als Partnerin mit dabei ist: www.stoparmut.ch.

*Matthias Stürmer,
alt Stadtrat und
Grossratskandidat*



Matthias Stürmer

Infos: www.stoparmut.ch/godsglobalgoals

Die 35 EVP-Kandidierenden für die Grossratswahlen

Für die Grossratswahlen vom 27. März präsentiert die EVP Stadt Bern eine Stammliste mit 20 und eine junge Liste mit 15 Kandidierenden.

Die Stammliste

Die Stammliste umfasst 20 Personen. In

der Spitzengruppe sind Barbara Streit-Stettler (bisher), Bettina Jans-Troxler, Joel Erni und Matthias Stürmer. Weitere Kandidierende sind Debora Alder-Gasser, Matthias Bühlmann, Meieli Dillier-von Grünigen, Christof Erne, Anna

Maria Fricker-Canteri, Urs Friedli, Benjamin Gerber, Sue Gerber, Simon Gyger, Markus Hänni, Hans Kaltenrieder, Maya Kessler, Esther Klossner-Rentsch, Anah Lüscher-Njoroge, Therese Streit-Ramseier und Lukas Wellauer.

Die junge Liste

Auf der Liste der jungen EVP (*jev) kandidieren 15 Personen. Es sind dies: Marco Steinmann, Noemi Hügli, Samuel Reich, Eliane Baumann,

Christoph Böisinger, Sarah Heiniger, Mirjam Kasper, Jonathan Kunzmann, Noemi Steiner, Rahel Steinmann-Marti, Michael Strässler, Rebekka Suter, Noemi Trachsel, Samuel Venzin und Raphael Walzer.

Weitere Infos online

Die Listen sind mit Angabe der Berufsbezeichnung der 35 Kandidierenden auch auf www.evp-bern.ch zu finden.

EVP Stadt Bern

EVP online

Weitere Informationen zur EVP Stadt Bern finden Sie jeweils auf www.evp-bern.ch und www.facebook.com/evpstadtbern. Auf www.evp-bern.ch können Sie die «EVP-Info» als PDF-Datei herunterladen (z.B. zum Weitersenden).

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion:
«Berner EVP», Christof Erne, Bern
Kontaktadresse für «EVP-Info»:
Christof Erne, Tel. 031 991 78 91,
bevp@evp-be.ch
EVP Stadt Bern
Postfach 6049, 3001 Bern
Postkonto 30-2067-3
info@evp-bern.ch
www.evp-bern.ch
www.facebook.com/evpstadtbern



EVP-Info

Informationen
der Evangelischen
Volkspartei Stadt Bern
www.evp-bern.ch

Januar 2022

Teilhabe heisst dazugehören und nicht nur dabei sein

Ich weiss nicht, wie es sich anfühlt, gesund zu sein. Vieles, was für die meisten gewöhnlich ist, erachte ich als nicht selbstverständlich. An der Gesellschaft teilnehmen zu können, zählt dazu. Das ist ein Privileg, welches mir in gesundheitlich schlechten Phasen weitgehend vorenthalten ist. Diese Tatsache sorgt dafür, dass ich das vermeintlich Selbstverständliche nicht als Gewohnheit annehme. Der Kirchenvater Augustin soll einmal gesagt haben: «Gewohnheit brütet Geringschätzung.»

Was für die Allermeisten normal ist, darf für Menschen mit einer Behinderung nicht Luxus sein. Wenn etwas zur Gewohnheit werden sollte, dann, dass Men-

schen, die nicht oder nur mit viel Zusatzaufwand am Leben teilnehmen können, in Mitten der Gesellschaft ganz natürlich dazugehören. Inklusion von Menschen mit Behinderung trägt zu einer Gesellschaft bei, in der die Menschen zu ihren Stärken und Schwächen stehen dürfen – ein weit unterschätzter Gewinn für jeden Einzelnen von uns.

Im Kanton Bern steht das Behindertenleistungsgesetz kurz vor der Beratung im Grossen Rat. Ziel des neuen Gesetzes ist es, Menschen mit einer Behinderung mehr Selbstbestimmung und gleiche Wahlmöglichkeiten wie Menschen ohne Behinderung zu geben. Das Gesetz soll ihnen das Recht geben, über

die eigene Wohn- und Unterstützungsform zu entscheiden. Diese Gesetzesvorlage wird dieses Jahr viel zu diskutieren geben.

Simone Leuenberger, Gymnasiallehrerin für Wirtschaft und Recht und EVP-Grossratskandidatin im Wahlkreis Mittelland-Nord, ist Behindertenrechtlerin. Ihr Engagement fasziniert mich. Ihre Erfahrung und Expertise sollte die Ausarbeitung dieser Gesetzesvorlage prägen und weiterentwickeln. Ihr ist wichtig, dass alle Menschen ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten können – auch in der Politik.

Inklusion ist Aufgabe und Chance zugleich. Ein bedeutsamer Beitrag könnte die Wahl von Personen wie Simo-



**Grossratskandidat
Markus Hänni**

ne Leuenberger in den Grossen Rat sein. 20% der Bevölkerung haben laut Bundesamt für Statistik eine Behinderung. Im Grossen Rat sind diese Menschen stark untervertreten, noch stärker als die Frauen. Das sollte sich ändern.

Markus Hänni, Grossratskandidat, lebt mit der chronischen Krankheit Cystische Fibrose (CF)

Termine 2022

Mittwoch, 9. März: Hauptversammlung *
Mittwoch, 27. April: Parolenfassung zur Abstimmung vom 15. Mai *
im Juni: EVP unterwegs (Termin / Ort noch offen)
Mittwoch, 31. August: Parolenfassung zur Abstimmung vom 25. September *
Mittwoch, 2. November: Parolenfassung zur Abstimmung vom 27. November *
Mittwoch, 7. Dezember: Adventsfeier *
* jeweils 19.30 Uhr in der Nägeligasse 9, Bern

Hauptversammlung 2022

Mittwoch, 9. März, 19.30 Uhr

Die Hauptversammlung in der Nägeligasse 9 in Bern umfasst jedes Jahr die statutarischen Traktanden und Berichte der Behördenmitglieder. Diesmal kommt zweierlei dazu:



Der Anlass steht im Zeichen der Grossratswahlen vom 27. März und bekommt dazu musikalisch und kulinarisch einen spannenden afrikanischen Touch.

«Eine differenzierte Mitte-Politik dient uns am besten»

Elf Jahre war die Stadtbernerin Barbara Streit-Stettler für die EVP im Stadtrat aktiv, seit bald acht Jahren wirkt sie im Grossen Rat mit. In diesem Interview gibt sie Einblick in ihre Arbeit im Kantonsparlament und die Stellung der EVP in der kantonalen Politik.

Was wünschst du dir für die Grossratswahlen vom 27. März?

Dass die Mitte-Parteien im Grossen Rat erstarben. Aus Erfahrung und auch aus der Geschichte weiss ich zwar, dass die EVP und andere Mitte-Parteien nicht mit schrillen Positionen punkten können. Dennoch bin ich überzeugt, dass eine differenzierte Politik, die auf Ausgleich aus ist, den Menschen in unserem Kanton am besten dient.

Welche Bedeutung hat die EVP-Fraktion für dich und welche hat sie im Grossen Rat?

Ich erhoffe mir, dass alle zehn EVP-Grossrätinnen und -Grossräte wiedergewählt werden. Wir

sind ein gutes Team, das verschiedenste Kompetenzen in unsere politische Arbeit einbringt und in der vergangenen Legislatur viel erreicht hat. Im Grossen Rat sind wir eine mittelgrosse Fraktion und haben in allen Kommissionen mindestens einen Sitz. Unsere Meinung als Partei der Mitte wird geachtet und unsere Mitglieder werden als Menschen geschätzt.

Du bist seit 2014 Grossrätin und hast Vorstösse zu vielen Themen (mit) eingebracht. Gab es dabei für dich ein, zwei ganz besondere Erfolgserlebnisse?

Am letzten Tag der Wintersession 2021

konnte ich gleich zwei Erfolge einfahren. Ich durfte eine Motion für eine transparente Politfinanzierung mit einreichen, die eine Mehrheit erhielt. Ein Postulat, das ich initiiert hatte und das eine finanzielle Unterstützung der Berichterstattung über kantonale Themen in den Medien verlangte, wurde auch vom Regierungsrat zur Annahme empfohlen und vom Grossen Rat grossmehrheitlich überwiesen. Einzig die SVP opponierte mehrheitlich dagegen.

In vielen deiner Vorstösse geht es um Familie und Bildung, soziale Gerechtigkeit oder Chancengleichheit. Welche Werte sind dir dabei wichtig?

WwJd (What would Jesus do? – Was würde Jesus tun?) ist mein Motto. Zwar habe ich nicht überall darauf eine Antwort. Aber ich frage mich immer wieder: Wem würde sich Jesus heute zuwenden? Dabei komme ich oft zum Schluss, dass es nicht diejenigen Menschen gewesen wären, die ihren Reichtum schützen wollen, son-



Grossrätin Barbara Streit-Stettler

dern diejenigen, die in irgendeiner Form Mangel leiden, die vergessen gehen oder auf die niemand hört.

Seit Frühling 2020 bist du wieder Mitglied der Finanzkommission. Was sind die wichtigen Themen, die dich dort aktuell beschäftigen?

Im Grunde genommen wollen wir in der Finanzkommission alle dasselbe: haushälterisch mit dem Geld umgehen. In der Coronapandemie war dieser Grundsatz besonders schwierig umzusetzen. Durch die Notmassnahmen entstand ein Defizit, das wir in den nächsten Jahren werden abbauen müssen.

Interview: Christof Erne

Zur Person

Die 1962 geborene Barbara Streit-Stettler war in den Jahren 2000–2011 Stadträtin in Bern, seit 2014 ist sie Grossrätin. Sie gehört der Finanzkommission des Kantonsparlaments an. Innerhalb der EVP ist sie Mitglied der Geschäftsleitung der EVP Kanton Bern, Vizepräsidentin der EVP Stadt Bern und Präsidentin des Frauennetzwerks der EVP Kanton Bern. Ausserdem ist sie Präsidentin der Emmaus Kinderhilfe Bern und des Vereins Volksschule ohne Selektion sowie Mitglied weiterer Organisationen. Die gelernte Primarlehrerin studierte Germanistik und Geschichte und arbeitet als Kommunikationsfachfrau. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Kindern.

Städtische Volksabstimmungen vom 13. Februar 2022

Teilrevision der Gemeindeordnung

Ziel dieser Teilrevision der Gemeindeordnung (GO) ist die Neuordnung der finanziellen Steuerung und des Berichterstattungssystems sowie des stadträtlichen Kommissionenwesens.

Der Stadtrat hat als Legislative die Aufgabe, die Finanzen der Stadt zu steuern und die Verwaltung in ihrer Arbeit zu kontrollieren. Dazu sind wir angewiesen auf die Informationen der Verwaltung, die sie in Form von Budget, Jahresbericht und Fi-

nanzplan bereitstellen. Diese Berichterstattung wird jetzt überarbeitet; gleichzeitig soll eine neue Finanzkommission eingeführt werden, die an die Stelle der Finanzdelegation treten wird. Die Kommissionaufgaben werden damit insgesamt neu verteilt und keine zusätzliche Kommission geschaffen. Dazu ist eine Änderung der Gemeindeordnung nötig, über die Sie jetzt abstimmen können.

Als aktuelle Fraktionsvertreterin in der

Finanzdelegation bin ich sehr froh über die geplante Neuorganisation, da diese Arbeit sehr anspruchsvoll ist und das zusammengewürfelte Gremium diesen Ansprüchen nicht gerecht wird. Unser Fraktionskollege Marcel Wüthrich hat sich der Neustrukturierung gewissenhaft angenommen, weshalb wir jetzt auch voll hinter der Vorlage stehen können. Darum empfehlen wir EVP-Stadträtinnen euch, der GO-Änderung zuzustimmen und uns damit



Stadträtin Bettina Jans-Troxler

zu helfen, die finanzielle Steuerung besser wahrnehmen zu können.

Bettina Jans-Troxler, Stadträtin

Gesamtsanierung Wysslochgut und Einbau Tagesschule (Baukredit)

Der Bedarf an neuem Schulraum in der Stadt Bern steigt weiterhin. So auch am Schulstandort Laubegg im Stadtteil Kirchenfeld-Schosshalde. Das Wysslochgut ist ein 400 Jahre altes Bauernhaus, gehört der

Stadt Bern und ist stark sanierungsbedürftig. Es soll zu einer Tagesschule umgebaut werden und wird künftig von rund 180 Kindern besucht. Sobald die Tagesschule in Betrieb geht, können die Tagesschu-

len Laubegg und Sonnenhof zugunsten von mehr Schulraum aufgehoben werden.

Zwar ist der Einbau der Schule im denkmalgeschützten Wysslochgut teurer als ein neues Schulhaus. Doch

auch ohne Tagesschule muss es saniert werden. Deshalb stimmten wir EVP-Stadträtinnen dem Baukredit von 10,7 Millionen Franken zu und empfehlen die Vorlage zur Annahme.

Therese Streit, Stadträtin

Nutzung von Zweitwohnungen in der Altstadt

Ziel dieser Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern ist, die Nutzung von Zweitwohnungen in der Altstadt zu regulieren. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Altstadt, weil dort in den letzten Jahren vermehrt Wohnungen kurzfristig und von kommerziellen

Anbietern vermietet wurden. Ausserdem sind Kurzzeitvermietungen auf Onlineplattformen wie Airbnb in der Altstadt am höchsten.

Wiederholtes Vermieten von Zweitwohnungen für kurze Dauer soll künftig nicht mehr zulässig sein. Nicht betroffen von der neuen

Regelung sind Erstwohnungen. Die klassische Untervermietung einer selbst bewohnten Wohnung wird von behördlicher Seite weiterhin nicht eingeschränkt.

Wir EVP-Stadträtinnen empfehlen, der Teilrevision der Bauordnung zuzustimmen.

Therese Streit, Stadträtin



Stadträtin Therese Streit